Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4.—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonnirt man bei den Zeitungs-Spediteuren und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW. 48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher: Amt 6, Nr. 3348.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und die Inseraten-Bureaux zum Preise von 40 Pf. pro fünfgespaltene Petitzeile entgegen. Zusendungen für die Zeitung sind nicht an eine Person, sondern an die Redaktion zu adressiren. Gleichzeitige Angabe des Honorars wird erbeten. Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 230. [42. Jahrgang.] **Mittwoch den 1. Oktober 1902.** [42. Jahrgang.] **Nr. 230.**

Berlin, den 30. September.

Politischer Tagesbericht.

Wie aus Wien gemeldet wird, erstatteten die Ministerpräsidenten v. Szell und v. Koerber gestern in der Hofburg in Anwesenheit des Grafen v. Goluchowski dem Kaiser Bericht über die **Ausgleichsfrage**. Die Anwesenheit des Ministers des Auswärtigen galt den im Zusammenhange mit dem Ausgleiche stehenden internationalen handelspolitischen Fragen. Die Audienz währte von 1 bis nach 4 Uhr. Heute Vormittag werden die Berathungen unter Vorsitz des Kaisers fortgesetzt.

Bei der gestrigen Eröffnung der Herbstsession der **schweizerischen Bundesversammlung** gaben die Präsidenten der beiden Räthe ihrer Genugthuung Ausdruck über die Beilegung des Konfliktes mit Italien sowie der Dankbarkeit für die Vermittelung Deutschlands, bezeichneten den Empfang des Königs von Italien in Goschenen als eine Bekräftigung der wiederhergestellten guten Beziehungen und sprachen schließlich den Wunsch für Erhaltung des neugefestigten freundschaftlichen Verhältnisses aus, dessen Wiederherstellung durch die von beiden Seiten bewährte Ruhe erleichtert worden sei. — Der Nationalrath genehmigte das Abkommen mit Deutschland, betreffend Abänderung des Vertrages über den Patent-, Marken- und Musterschutz.

China.

Wie aus Peking gemeldet wird, ist die Eisenbahn Peking—Schanhaikwan am 29. September von den Engländern an die chinesische Regierung zurückgegeben worden.

Der frühere britische Schatzkanzler **Hicks-Beach** hielt in Bristol am Montag Abend eine Rede, in welcher er ausführte, seiner Ansicht nach würde vielleicht Südafrika, wenn die Führer der Buren sich enthalten könnten, auf böse Rathgeber auf dem Kontinent zu hören, in nicht entlegener Zeit Selbstregierung haben. Redner trat dann entschieden für eine Beschränkung der Ausgaben ein und erklärte namentlich, er sehe keinen Grund, der für eine weitere Erhöhung der Ausgaben für Marinezwecke spreche. Angesichts der starken britischen Flotte könnten auch die Ausgaben für das Militär beschränkt werden. Hicks-Beach trat dann für eine entschiedene Reform des Kriegsamtes, namentlich so weit das militärische Element selber in Frage komme, ein und verlangte, daß die militärischen Beamten mehr Aufmerksamkeit auf die Pflichten ihres Amtes legen. Weiter sagte der Schatzkanzler: „Was die auswärtige Politik anbetrifft, so laßt uns die goldene Regel anwenden, Andere so zu behandeln, wie wir von ihnen behandelt zu werden wünschen. Wir dürfen es nicht immer als eine Drohung gegen uns selbst ansehen, wenn eine fremde Nation unserem Beispiele folgt und irgendwo eine für sie günstige Handelsstation gründen oder sogar ein Gebiet annektiren, das bis dahin Barbaren gehörte und für die Wohlfahrt der Menschheit keinen Nutzen abwarf. Wie groß auch immer unser Wohlstand und unsere Kraft sein mögen, nur durch diese Politik kann die Größe unseres Reiches erhalten werden."

Aus **Algier** meldet die „Agence Havas": Dem Herzog der Abruzzen, welcher hier eingetroffen ist, wurde im militärischen Klub ein glänzender Empfang bereitet. Der kommandirende General, welcher sich zur Zeit im Manöver befindet, gab telegraphisch seinem Bedauern Ausdruck, daß der Herzog den Manövern nicht beiwohnen könne, wo er ihm die mit dem sardinischen Tapferkeitskreuze geschmückten Fahnen vorgeführt hätte. In seiner Begrüßungsansprache an den Herzog erinnerte der Chef des Generalstabes an den Kampf, den das französische und italienische Heer Seite an Seite ausgefochten hätten, und weckte die Erinnerung an die Schlacht bei Solferino, die die Bande, welche die beiden Heere vereine, nur enger knüpfen könne. Er schloß mit einem Hoch auf die italienische Armee und Marine. General Warnier brachte als Vertreter des General-Gouverneurs einen Trinkspruch auf das italienische Königshaus aus. Der Herzog erwiderte, er sei tief gerührt durch die Erinnerung an Solferino, denn er stimme von Herzen mit dem Generalstabschef überein, das Gedächtniß der Tapferen zu feiern, die auf diesen Schlachtfelde gefallen seien. Der Herzog dankte sodann für den seinen Mannschaften bereiteten Empfang und trank auf das Wohl des Präsidenten Loubet, des Heeres, der Marine und des französischen Volkes.

Aus **Konstantinopel** berichtet das „Wiener K. K. Telegr.-Korresp.-Bureau": Um gegen die bulgarischen Banden, sowie gegen die unruhigen Elemente überhaupt energisch vorgehen zu können und die Ruhe in Makedonien zu sichern, sollen mehrere Redifbataillone der Vilajets Saloniki und Kossowo unter die Waffen gerufen worden sein.
Weiter wird aus Belgrad telegraphirt:
Angesichts der beunruhigenden Nachrichten aus Makedonien beriefen die hier ansässigen Makedonier für den 3. Oktober ein Meeting ein, auf welchem die Lage der Serben in Makedonien besprochen und ein hierauf bezüglicher Beschluß gefaßt werden soll. — Ein Albanesenhaufe überschritt beim Jakowgebirge die Grenze von Serbien, überfiel die in der Nähe gelegenen Häuser und verwundete einen Bauern aus Medowina durch einen Schuß. — Wie aus Mitrowitza gemeldet wird, hat Scheinik-Pascha mit regulären türkischen Truppen die Albanesenhorde des Hauptlings Mustapha-Aga gefchlagen und gleichzeitig Geschützfeuer auf die Albanesendörfer Koprinv und Brabonitsch eröffnet, die beide vollständig eingeäschert wurden.

Zu den Ereignissen in **Venezuela** telegraphirt der amerikanische Gesandte in Caracas, Bowen, nach Washington: „Ich bin von zuverlässiger Seite benachrichtigt worden, daß die Regierung in der nächsten Woche wahrscheinlich alle Kabel zerschneiden wird. Ich stelle anheim, Kriegsschiffe nach Venezuela zu entsenden.

Ferner besagt eine Meldung der „Agence Havas" aus Trinidad vom 29. September: Auf Anordnung des Generals Beluzini sind der Direktor und die Angestellten des französischen Kabels in Carupano verhaftet worden. Als der französische Konsularagent einschreiten wollte, wurde er ebenfalls verhaftet. Das Küstenkabel ist zerschnitten worden, wie man vermuthet, durch den venezolanischen Kreuzer „Restaurador". Hier herrscht große Erregung über diese Vorkommnisse; der französische Konsul hat Einspruch erhoben; der französische Kreuzer „Tage" wird erwartet.

Kleinere Nachrichten. Der russische Finanzminister **Witte** hat am Montag auf seiner Reise nach der Mandschurei Tomsk passirt. — „Russki Inwalid" veröffentlicht die Ernennung des bisherigen Gouverneurs von Wilna, Generallieutenants **v. Wahl** zum Gehülfen des Ministers des Innern und zum Kommandeur des Gendarmenkorps an Stelle des Fürsten **Swiatopolk-Mirsky**, der denselben Posten zugleich zum Generalgouverneur von Wilna, Kowno und Grodno ernannt wird. — Bei der **französischen Kammerwahl** in Compiègne wurde der Ministerielle Noël mit 11 663 Stimmen gegen den Nationalisten Oberst Bougon gewählt, der 11 530 Stimmen erhielt. Aus **Madrid** wird gemeldet: Der Verwaltungsrath der Bank von Spanien stimmte dem Bericht über die Errichtung von Zweiganstalten in Paris und London zu. Diese neuen Anstalten sollen u. A. die Bezahlung der Koupons der auswärtigen Schuld übernehmen und ihre Thätigkeit Anfang Januar beginnen.

Hof- und Personal-Nachrichten.

* Se. Majestät der Kaiser nahm vorgestern Nachmittag in Rominten die Vorträge des stellvertretenden Chefs des Marinekabinets und des Staatssekretärs des Reichs-Marineamts entgegen.

*

* Aus Petersburg meldet die „Russische Telegraphen-Agentur": Der Chef der Gendarmerie-Abtheilung in Wirballen, Rittmeister Miasojedow, war am Sonntag von Sr. Majestät dem Deutschen Kaiser zur Theilnahme am Gottesdienst in der Kirche und zur Tafel im Kaiserlichen Jagdschloß zu Rominten eingeladen. Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin sagen dem Rittmeister huldvollst in ein längeres Gespräch und überreichten ihm ihre Porträts mit eigener Unterschrift.

*

* Wie die „Ostpreußische Zeitung" aus Rominten meldet, wohnten der kommandirende General Frhr. v. d. Goltz und Oberpräsident Frhr. v. Richthofen Sonntag Vormittag dem Gottesdienste in der dortigen Hubertuskapelle im Gefolge Ihrer Majestäten bei und leisteten Nachmittags einer Allerhöchsten Einladung zum Diner im Jagdschloß Rominten Folge.

*

* Aus St. Johann wird unter dem Gestrigen berichtet:

Heute Vormittag traf der Großherzog von Baden zum Besuche seines Ulanenregiments hier ein und wurde auf dem Bahnhofe vom Regierungspräsidenten Dr. zur Nedden, dem Landrath v. Fidler und dem Kommandeur des hier garnisonirenden Ulanenregiments Großherzog Friedrich von Baden (Rheinischen Nr. 7) empfangen. Vor dem Rathhause begrüßte der Bürgermeister Dr. Neff den Großherzog, der sich sodann ins Rathhaus begab, wo er sich ins goldene Buch der Stadt einzeichnete und sich die Stadtverordneten vorstellen ließ. Vom Rathhaus fuhr der Großherzog nach der Kaserne seines Ulanenregiments. In einer Ansprache an das Regiment gedachte er der großen Zeit Kaiser Wilhelms I. und schloß mit einem dreifachen Hurrah auf Se. Majestät den Kaiser. Gegen 5 Uhr Nachmittags reiste der Großherzog wieder ab.

u. Ihre Hoheit die Herzogin Paul Friedrich zu Mecklenburg-Schwerin ist aus Dresden hier angekommen. Seine Hoheit der Herzog Paul Friedrich zu Mecklenburg-Schwerin ist von hier nach Ludwigslust weitergereist.

* Fürstin Hohenberg, Gemahlin des Erzherzogs Franz Ferdinand, wurde am Montag Nachmittag von einem Prinzen entbunden.

* Ueber das Befinden des Präsidenten Roosevelt wird aus Washington vom Montag gemeldet: Der Präsident verbrachte eine sehr gute Nacht, die beste seit seiner Rückkehr.

u. Fürst Pfenburg-Büdingen ist aus Kopenhagen hier eingetroffen.

* Der Staatsminister und Minister für Handel und Gewerbe Möller ist von Königshütte i. O.-Schl. zurückgekehrt.

u. Der neue preußische Gesandte in Darmstadt Prinz Hans zu Hohenlohe-Oehringen hat sich von hier auf seinen Posten zurückbegeben.

* Der Oberpräsident von Schleswig-Holstein, Freiherr von Wittmorski, ist gestern zum Besuche des Reichskanzlers in Klein-Flottbek eingetroffen.

* Der Unterstaatssekretär im Ministerium für Handel und Gewerbe, Wirkliche Geheime Rath Lohmann, ist vom Urlaub hier wieder eingetroffen.

* Der Wirkliche Geheime Rath, Direktor des Verwaltungsdepartements des Reichs-Marineamts, Prof. Perels ist von seiner Dienstreise wieder zurückgekehrt.

* Der Landeshauptmann v. Brandt ist aus Königsberg hier angekommen.

u. Prinz Friedrich Franz zu Sayn-Wittgenstein ist aus Rottach hier angekommen.

u. Der dänische Gesandte in London, Bille, hat sich von hier nach Kopenhagen begeben.

u. Der bisherige Militärattaché bei der hiesigen Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika, Oberst Kerr, hat sich nebst Gemahlin nach Bremen begeben, um von dort die Rückreise nach New-York anzutreten.

* Der Regierungsrath v. Achenberg in Marienwerder ist der Regierung zu Düsseldorf zur weiteren dienstlichen Verwendung überwiesen worden.

* Dem Regierungsassessor Hausleutner in Oppeln ist die kommissarische Verwaltung des Landrathsamts im Kreise Strelno, Regierungsbezirk Bromberg, dem Regierungsassessor Dr. Ziller in Cassel die kommissarische Verwaltung des Landrathsamts im Kreise Zabrze, Regierungsbezirk Oppeln, und dem Regierungsassessor Dr. Becker in Oppeln vom 1. Oktober d. J. ab die kommissarische Verwaltung des Landrathsamts im Kreise Osterholz, Regierungsbezirk Stade, übertragen.

* Der Regierungsassessor Eberhard in Trier ist der Regierung zu Wiesbaden zur weiteren dienstlichen Verwendung überwiesen, der Regierungsassessor Dr. Haarmann dem Landrath des Kreises Mülheim a. d. Ruhr, Regierungsbezirk Düsseldorf, und der Regierungsassessor Dr. jur. Plate, z. Zt. in Hagenau (Elsaß), vom 1. Oktober d. J. ab dem Landrath des Landkreises Cassel zur Hülfeleistung in den landräthlichen Geschäften überwiesen.

* Der neue Staatsminister des Fürstenthums Reuß j. L. v. Hinüber stammt aus Kneseseck (Landdrostei Lüneburg), wo er am 22. August 1854 geboren ist. Nach Ablofvirung des Gymnasiums zu Osnabrück studirte er von Ostern 1874 bis Ende Januar 1878 in Leipzig und Göttingen Jurisprudenz. Am 1. Februar 1878 bestand er das erste juristische Examen in Leipzig, worauf er vom 1. März 1878 bis Ende 1882 als Accessist und später als Referendar bei dem Amtsgerichte Zschopau und dem Landgerichte in Plauen i. V. beschäftigt wurde. In dieser Zeit trat v. Hinüber zur Verwaltung über, worauf er am 1. November 1883 als Referendar und juristischer Hülfsarbeiter bei der Amtshauptmannschaft Döbeln mit Staatsdienereigenschaft fest angestellt wurde. Am 1. März 1883 bestand v. Hinüber in Dresden das Richtereramen. Unter dem 13. März desselben Jahres wurde er zum Bezirksassessor ernannt, im Jahre 1884 an die Amtshauptmannschaft Rochlitz versetzt, am 2. September 1887 zum Regierungsassessor befördert, Ende 1890 an die Königl. Amtshauptmannschaft Zwickau versetzt, am 1. Oktober 1891 zum Regierungsrath und Vorstand der Königl. sächsischen Amtshauptmannschaftlichen Delegation Sayda, und am 14. Mai 1892 zum dritten stimmführenden Mitgliede des Fürstlichen Ministeriums und zum Geheimen Staatsrath in Gera ernannt. Nach dem Tode des Staatsministers Dr. Wolfart rückte er in die Stelle des zweiten stimmführenden Mitgliedes des Fürstlichen Ministeriums auf.

* Der Staatssekretär des Reichsschatzamts Frhr. v. Thielmann hat der „Nationallib. Corr." zufolge, einen schweren Trauerfall in seiner Familie zu beklagen. Der Gatte seiner ältesten Tochter ist am Typhus gestorben.

Oberpräsident v. Goßler †

Der Oberpräsident von Westpreußen, Staatsminister Dr. v. Goßler ist am Montag Abend 11 Uhr gestorben.

Gustav v. Goßler war am 13. April 1838 zu Naumburg a. S. als ältester Sohn des (1885 verstorbenen) Kanzlers des Königreichs Preußen und Oberlandesgerichtspräsidenten in Königsberg, Karl Gustav v. Goßler, geboren. Nach beendetem Rechtsstudium trat er 1859 zu Königsberg in den preußischen Justizdienst. 1864 Gerichtsassessor, 1865 Landrath des Kreises Darkehmen, wurde er 1874 als Hülfsarbeiter in das Ministerium des Innern berufen, woselbst er sich vornehmlich mit der Ausführung der Kreisordnung beschäftigte. Von 1878 bis 1881 gehörte er dem Reichstage an. Nach kurzer Thätigkeit im Oberverwaltungsgericht wurde er 1879 als Unterstaatssekretär in das Kultusministerium berufen. Zwei Jahre später wurde er zum Kultusminister ernannt und nahm nunmehr die schon eingeleiteten Bestrebungen zur Verbesserung des Verhältnisses der Geistlichkeit zum Staate, zur Beilegung des kirchenpolitischen Konflikts mit Erfolg auf, den Abschluß desselben die kirchenpolitischen Novellen. Dem Rufe nach einer Reform des höheren Unterrichtswesens machte v. Goßler Zugeständnisse und drang zugleich auf eine größere Pflege der körperlichen Uebungen. Mit Entschiedenheit trat er der polnischen Bewegung entgegen; seine einschneidendste Maßregel war die Verlegung des polnischen Sprachunterrichts in den Volksschulen. Der Fall des 1890 von ihm eingebrachten Entwurfs eines Volksschulgesetzes gab ihm Anlaß, seine Entlassung einzureichen, die ihm am 13. März 1891 gewährt wurde. Bereits am 30. Juli desf. J. wurde v. Goßler zum zum Oberpräsidenten der Provinz Westpreußen ernannt, wo er 11 Jahre hindurch wirkte. — Im Herbst 1899 machten sich die ersten Anzeichen des Leidens bemerkbar, dem Oberpräsident von Goßler zum Opfer gefallen ist. Im April 1900 führte Professor v. Bergmann eine Operation glücklich aus und entfernte die ganze rechte Niere. Seit zu Beginn des Jahres machten sich wieder Schmerzen bemerkbar, die auf einen erneuten Krankheitsherd hindeuteten. Seit Anfang August konnte der Oberpräsident das Zimmer nicht mehr verlassen. Anfangs September legte er sich dann, zuweilen heftige Schmerzen empfindend, nur wenig Nahrung zu sich nehmend, auf sein Lager, um nicht mehr aufzustehen. Die Ursache der jetzt tödlich verlaufenen Krankheit waren nach Feststellung der ihn behandelnden Aerzte bösartige Geschwülste und Geschwüre, welche sich auf der rechten Nierenseite neu gebildet hatten.

k. Die Generallieutenants v. Winterfeld, Kommandeur der Garde-Kavalleriedivision, v. Schubert, Kommandeur der Eisenbahnbrigade, württembergischer Generalmajor, Generaladjutant und Militärbevollmächtigter v. Marchtaler, und die Majors Müller vom Kriegsministerium, v. d. Knesebeck, Bataillonskommandeur im 4. Garderegiment z. F., Frhr. v. Hanstein, Bataillonskommandeur im Regiment Kaiser Franz, und Rüstow, von der Artillerieprüfungs-Inspektion, haben die Garnison verlassen.

k. Die Generallieutenants v. Bülow, Generalquartiermeister, Frhr. v. Ruckt, Präses der Artillerie-Prüfungskommission, von Tommitz, Remonte-Inspekteur, v. Goßler, Ober-Quartiermeister, Schulze, Abtheilungschef im Großen Generalstabe, Vizeadmiral Sack, vom Reichs-Marineamt, die Obersten v. Loos und Matthias, Abtheilungschefs im Großen Generalstabe, Rommel, Abtheilungschef im Ingenieur-Komité, v. Stack, Kommandeur des Landwehrbezirks IV Berlin, die Obersten Oelming, Eberhardt und v. Hutier, Abtheilungschefs im Großen Generalstabe, und die Majors v. Stocken, Knoch und Dieh v. Bayer, vom Kriegsministerium, Wandel, v. Heydebrech, Hoeppner, Kuhl, Brose, Schmidt-Reder und bayerischer Major Gr. v. Zech, vom Großen Generalstabe, v. Frankenberg und Ludwigsdorf, von der Kriegsakademie, Cruffius, von der Traindepot-Inspektion, und Major z. D. Suntel vom Kriegsministerium sind in die Garnison zurückgekehrt.

k. Generalmajor Gr. v. Ritzbach, Kommandeur der 71. Infanteriebrigade, Oberst Frhr. v. Dietenhofen, Kommandeur des bayerischen 1. Chevauleger-Regiments, Oberstlieutnant Pflugradt, beim Stabe des Infanterieregiments 49, Logan, Abtheilungskommandeur im Feld-Artillerieregiment 71, und die Majors z. D. Otto, vom Landwehrbezirk Gera, und v. der Linde, vom Landwehrbezirk Stargard-Pomm., sind mit Urlaub in Berlin eingetroffen.

Deutsches Reich.

** Gestern Nachmittag 3 Uhr fand die vierteljährliche Sitzung des **Kuratoriums der Reichsbank** statt, an welcher außer dem Vorsitzenden, Staatsminister, Staatssekretär des Innern Dr. Grafen v. Posadowsky, in Vertretung des Reichskanzlers (Bankgesetz §25), und dem Berichterstatter, Präsidenten des Reichsbankdirektoriums, Wirkl. Geh. Rath Dr. Koch, auch der Staatssekretär des Reichs-Schatzamts Frhr. v. Thielmann theilnahm.

* Vom hiesigen **Bund der Handel- und Gewerbetreibenden** geht uns Folgendes zu: Die der Handelskammer angehörigen Vorstandsmitglieder des Bundes der Handel- und Gewerbetreibenden, Herren Lebermann und Pietsch, haben den Antrag bei derselben gestellt, in den Statuten die Ertheilung der Wähler zur Handelskammer in vier den Interessengruppen entsprechenden Abtheilungen festzusetzen. Die ersten Wahlen wurden auf Grund des Handelskammergesetzes in drei Abtheilungen vorgenommen, wobei sich denn herausstellte, daß ca. 60 Wähler der I. Abtheilung, ca. 1000 Wähler der II. Abtheilung und ca. 14 000 Wähler der III. Abtheilung je 12 Handelskammer-Mitglieder zu wählen hatten. Der von der Kommission ausgearbeitete Statutenentwurf schlägt wiederum eine Dreitheilung, indessen mit der Abänderung vor, daß die Kaufleute mit einem Einkommen über 200 000 ℳ (ca. 300 Wähler) ein Drittel, diejenigen mit einem Einkommen zwischen 20 000 und 200 000 ℳ (ca. 3450 Wähler) das zweite Drittel, und Diejenigen mit einem Einkommen zwischen 1500 ℳ und 20 000 ℳ (ca. 14 000 Wähler) das letzte Drittel zu wählen haben. Innerhalb der letzten Abtheilung dominiren die Einkommen zwischen 4000—20 000 ℳ mit 9000 Wählern, während die IV. Gewerbesteuerklasse (1500—4000 ℳ) nur 5000 Wahlberechtigte, d. h. in das Handelsregister eingetragene Firmen enthält. Die eigentlichen Kleinhändler befinden sich aber in der 4. Gewerbesteuerklasse. Das Durchschnittseinkommen derselben beträgt 1850 ℳ, das der 3. Gewerbesteuerklasse dagegen 10 000 ℳ. Die Interessen der Letzteren decken sich nicht mit denen der Ersteren, da diese von den großkapitalistischen Unternehmen nur in geringem Maße oder garnicht bedroht werden und meist andere wirthschaftliche Anschauungen als die in ihrer Existenz gefährdeten Kleinhändler vertreten. Wahlen von Repräsentanten dieser Erwerbsgruppe können aber bei dem Zahlenverhältnisse beider Kategorien nur durch Kompromisse erzielt werden, während die Kleinhändler ihre Wahlen unabhängig von solchen vornehmen und eine entsprechende Anzahl unabhängiger Vertreter in der Handelskammer haben wollen. Da diese die Gesammtinteressen von Handel und Gewerbe vertreten soll, so erscheinen die Wünsche des Kleinhandels um so berechtigter, als die Handelskammer geneigt ist, den Börseninteressenten die Wahl gesonderter Vertreter zuzugestehen. Entspricht die Handelskammer den Wünschen des Kleinhandels nicht, so dürfte nach früheren Anbeutungen des Ministers für Handel und Gewerbe die Schaffung einer Kleinhandelskammer erforderlich und von den einschlägigen Interessentenkreisen zweifellos angestrebt werden.

* In der gestrigen Jahresversammlung des **landwirthschaftlichen Vereins Bayerns** wurde auch die Frage der Fleischversorgung lebhaft erörtert. Im Laufe der Debatte betonte der Minister des Innern Frhr. v. Feilitzsch, bezüglich der Grenzsperre sei nur das Reich kompetent. Die Staatsregierung wirke auf die Erleichterung des direkten Geschäftsverkehrs zwischen den Metzgern und den Viehproduzenten hin. Sobald das gesammte Material der türkisch von der bayerischen Regierung angeordneten Erhebungen über Fleischversorgung vorliege, beabsichtige die bayerische Regierung die Berathung sämmtlicher einschlägigen Fragen durch eine Kommission unter Zuziehung von Vertretern aller Interessentenkreise. Auf Grund dieser Berathung werde die bayerische Regierung weitere Erwägungen, welche Maßnahmen zur Herabsetzung der hohen Fleischpreise nöthig seien. Die Regierung halte stets die Interessen der Landwirthschaft im Auge. Die Erklärungen des Ministers wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

* Wie die „Frankf. Ztg." mittheilt, ist das Gesuch der **Deutsch-Amerikanischen Petroleum-Gesellschaft** zu Bremen, die Generaldirektion der sächsischen Staatseisenbahnen möge ihr auf gewissen Eisenbahnstationen Plätze zur Anbringung kleiner Petroleumtanks mit Rücksicht auf die dagegen von inländischen Interessenten erhobenen Einwandungen vorläufig abgelehnt worden.

Parteibewegung.

* In den letzten Tagen wurde in Hamburg der Parteitag der **Freisinnigen Volkspartei** abgehalten. Von den Beschlüssen heben wir die folgenden hervor: Zum Reichshaushalt wurde auf Antrag des Abg. Dr. Wiemer und Genossen folgende Resolution gefaßt:

„Im Reichshaushalt hält es der Parteitag nach den in den letzten Jahren erfolgten gewaltigen Steigerungen des Aufwandes für die Marine, das Heer und die Kolonieen und der dadurch trotz Steuererhöhungen und rapider Vermehrung der Reichsschuld geschaffenen ungünstigen Finanzlage für dringend geboten, durch äußerste Sparsamkeit bei den vorhandenen Einrichtungen und strengste Prüfung in Bezug auf etwa neu hervortretende Bedürfnisse zum Mindesten einer weiteren Steigerung der Ausgaben entgegenzuwirken. Eine sogenannte „Reichsfinanzreform", die auf Belastung oder Fixirung der Matrikularbeiträge hinzielt, ist im Interesse des Einnahmebewilligungsrechtes des Reichstages, welches auch behufs sparsamer Bemessung der Ausgaben eines beweglichen Einnahmefaktors bedarf, entschieden zu bekämpfen. Auf die Matrikularbeiträge kann nur verzichtet werden, wenn eine direkte in dem Prozentsatz von der jährlichen Bewilligung des Reichstags abhängige Steuer, sei es Vermögenssteuer oder Einkommensteuer, von den Einzelstaaten auf das Reich übertragen wird. Einer verschiedenen Belastung der Bundesstaaten bei den Matrikularbeiträgen nach dem Grade der Wohlhabenheit der Bevölkerung ist den Kleinstaaten steht die Freisinnige Volkspartei nicht entgegen. Dagegen bekämpft sie jede höhere Belastung des Massenverbrauchs durch indirekte Steuern, insbesondere jedwede Form eine Erhöhung der Brausteuer, sowie einer höheren Belastung des Tabacks. In Bezug auf das Steuerwesen im Reich fordert der Parteitag die Beseitigung der mit dem Kontingentirungssystem zusammenhängenden Liebesgaben, sowie der Ausfuhrprämien bei der Branntweinsteuer, insbesondere auch zur Vermiederung des Antheilbedarfs und der Matrikularbeiträge. Eine Herabsetzung der 1900 erhöhten Stempelsteuern, abgesehen vom Lotteriestempel, ist ebenso wirthschaftlich geboten wie im Interesse des Ertrages aus diesen Steuern angezeigt. Der 1900 eingeführte Stempel auf Schiffsfrachturkunden ist gänzlich aufzuheben."

Zum Zolltarif wurde auf Antrag des Abg. Fischbeck und Genossen beschlossen:

„Der Parteitag erachtet den im Reichstag zur Verhandlung stehenden neuen Zolltarif für durchaus unannehmbar, weil er geeignet ist, die wirthschaftlichen Interessen des gesammten Volkes nach jeder Richtung gröblich zu schädigen und die weitere kulturelle Entwicklung Deutschlands schwer zu benachtheiligen. — Der Parteitag vertraut, daß die Abgeordneten der Partei wie bisher sich insbesondere jeder weiteren Belastung der minderwohlhabenden Klassen durch Erhöhung der Agrarzölle und Industriezölle auf nothwendige Lebensmittel und unentbehrliche Verbrauchsgegenstände widersetzen werden. Entsprechend der 1892 eingeleiteten Handelsvertragspolitik sind langfristige Tarifverträge mit Festsetzung des gesicherten Absatzes inländischer Produkte der Landwirthschaft und der Industrie durchaus nothwendig und ist deshalb jede Festsetzung von Minimalzöllen für den Abschluß solcher Verträge noch besonders verwerflich."

Ferner wurden verschiedene Anträge, betreffend Handwerker- und Arbeiterfragen, erörtert. Zur Handwerkerfrage wurde ein Antrag des Abgeordneten Demmig und Genossen angenommen, der sich gegen die Zwangsinnungen ausspricht und als Ziel der Partei in der Handwerkerfrage die Förderung der Lehrlingsausbildung, die Fortbildung der Meister und Gesellen, die Bildung von Handwerker- und Gewerbevereinen, auch freier nicht mit Zwangsrechten verknüpfter Innungen, die Herabsetzung bezw. Aufhebung der Zölle auf nothwendige Materialien und Halbfabrikate, Werkzeuge, Maschinen, wie sie das Handwerk gebraucht, die Erleichterung der Voraussetzungen zum selbständig-freiwilligen Dienst für Handwerker mit fachmännischen Schulbildungen, auch wenn dieselben nicht auf fremde Sprachen sich verstehen und die Einführung von Reichsgesetzen zur Ermöglichung der Wahl von Handwerkern bezeichnet. Außerdem wurde ein Zusatzantrag Weiß-Nürnberg, betreffend Förderung des obligatorischen Fortbildungsschulunterrichts, angenommen. Der zur Arbeiterfrage angenommene Antrag Fischbeck und Genossen lautet:

„Der Parteitag erklärt sich nach wie vor entschieden gegen jedes Ausnahmerecht auch in Bezug auf die Arbeiterverhältnisse. Die Partei tritt ein für Sicherstellung und Verallgemeinerung der Koalitionsfreiheit, für Aufrechterhaltung der Freizügigkeit unter Herabsetzung der Personentaxe auf den Eisenbahnen. Die Partei erstrebt unter Beseitigung veralteter Gesindeordnungen zeitgemäße Rechtsverhältnisse für die in Haus- und landwirthschaft beschäftigten Personen. Sie erkennt in den Arbeiterschutzbestimmungen eine berechtigte Interessenvertretung wie in den Arbeitgeberverbänden und erblickt darin ein wesentliches Mittel zur Förderung des sozialen Fortschrittes; sie verlangt gesetzliche Anerkennung aller Berufsvereine. Die Partei tritt ein für den Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung, insbesondere zur Abwehr gesundheitsschädlicher Anforderungen an die Arbeitskraft von weiblichen Personen, jugendlichen Arbeitern und Kindern. Sie unterstützt die Gestaltung der öffentlichen Betriebe zu sozialen Musteranstalten. Die Partei wird bei der bevorstehenden Reform der Krankenversicherungs-Gesetzgebung nicht nur eintreten gegen jede Schädigung in der Stellung der freien Hülfskassen der Arbeitnehmer, sondern auch bemüht sein, die Arbeitnehmung dieser und anderer auf Selbsthülfe und Selbstverwaltung der Arbeitnehmer beruhenden Vereinigungen auf Wittwen- und Waisenversorgung, Versicherung gegen Arbeitslosigkeit und dergleichen zu erleichtern. Die Partei bekämpft jede weitere Belastung nothwendiger Lebensmittel und anderer Gegenstände des Massenverbrauchs durch Steuern und Zölle. Sie erstrebt nach wie vor die dauernde Sicherstellung der zweijährigen Dienstzeit durch Gesetz. Sie verlangt nicht bloß Aufrechterhaltung des Reichswahlrechts und Ausdehnung desselben auf die Landtagswahlen, sondern auch Sicherung der Wahlfreiheit bei der Abgabe von Stimmzetteln; sie bekämpft bei allen Wahlen geheime Abstimmung und Vollziehung der Wahl am Sonntag. Das Vereins- und Versammlungsrecht ist durch Reichsgesetz in freiheitlichem Sinne zu gestalten, insbesondere auch in Bezug auf die Theilnahme von Frauen an Vereinen und Versammlungen."

Ein Zusatzantrag Hirsch betreffend Ausgestaltung der Arbeiterschutzgesetzgebung wurde der Reichstagsfraktion zur Erwägung überwiesen. Der Antrag verlangt:

„Die Partei fordert neben der gesetzlichen Beschränkung der Kinderarbeit die Erhöhung des Schutzalters für jugendliche Arbeiter